

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

20. Jahrgang                      Berlin, den 16. Oktober 1953                      Nummer 42

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Der Sozialaufwand der sowjetischen Besatzungszone

Der Sozialaufwand der SBZ zeigte in den letzten Jahren Entwicklungstendenzen, die nicht nur für die sozialpolitische Konzeption eines totalitären Regimes charakteristisch sind, sondern die darüber hinaus in ihrer sich ständig von westlichen Grundsätzen entfernenden formalen und materialen Gestaltung Schlüsse auf die mit der sowjetzonalen Sozialpolitik verfolgten Ziele gestatten.

Der Sozialaufwand in West- und Mittelddeutschland  
1949—1953

|                                                                                                                              | 1949 | 1950 | 1951 | 1952 | 1953               |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------|------|------|------|--------------------|
| <b>Sowjetzone</b>                                                                                                            |      |      |      |      |                    |
| Kalenderjahre, in Mrd. DM-Ost                                                                                                |      |      |      |      |                    |
| Staatsausgaben <sup>1)</sup> (Plan) . .                                                                                      | 14,4 | 17,5 | 25,5 | 31,7 | <sup>5)</sup> 34,7 |
| Sozialaufwand                                                                                                                |      |      |      |      |                    |
| Sozialversicherung . . . . .                                                                                                 | 2,8  | 3,3  | 4,0  | 4,5  | <sup>5)</sup> 4,7  |
| Gesundheits-, Arbeits- und<br>Sozialfürsorge . . . . .                                                                       | 1,1  | 1,2  | 1,6  | 2,1  | <sup>5)</sup> 3,3  |
| Insgesamt <sup>2)</sup> . . . . .                                                                                            | 3,9  | 4,5  | 5,6  | 6,6  | <sup>5)</sup> 8,0  |
| Zunahme gegenüber d. Vorjahr                                                                                                 | .    | 0,6  | 1,1  | 1,0  | .                  |
| in vH der Staatsausgaben . .                                                                                                 | 27,1 | 25,7 | 21,9 | 20,0 | 23,1               |
| <b>Bundesrepublik</b>                                                                                                        |      |      |      |      |                    |
| Rechnungsjahre, in Mrd. DM-West                                                                                              |      |      |      |      |                    |
| Zusammengelafter Haushalt v.<br>Bund, Ländern, Gemein-<br>den, Sozialversicherung<br>und Soforthilfe <sup>3)</sup> . . . . . | 28,5 | 32,0 | 42,0 | 47,0 | 50,1               |
| Sozialaufwand, insgesamt <sup>4)</sup>                                                                                       | 12,0 | 14,4 | 16,7 | 18,1 | 18,7               |
| Zunahme gegenüber d. Vorjahr                                                                                                 | .    | 2,4  | 2,3  | 1,4  | 0,6                |
| in vH der Staatsausgaben . .                                                                                                 | 42,1 | 45,0 | 40,0 | 40,0 | 37,4               |

<sup>1)</sup> „Deutsche Finanzwirtschaft“ 1949, Nr. 3 u. 6; 1950, Nr. 4; 1951, Nr. 9; 1952, Nr. 12; 1953, Nr. 4. Angaben für 1949: drei Quartale mit 10,8 Mrd. DM-Ost auf ein Kalenderjahr umgerechnet. — <sup>2)</sup> ZVOBl. d. DWK 1949, S. 415; 1951 u. 1952: DFW, 1952, Nr. 12; 1953: GBl. der DDR, Nr. 17, S. 257 und DFW, Nr. 4, S. 169. — <sup>3)</sup> Wochenbericht des DiW, Nr. 6 vom 6. Febr. 1953, S. 23. — <sup>4)</sup> Einschl. Verwaltungskosten. — <sup>5)</sup> Einschl. Ost-Berlin.

Nach 1945 nahmen die Sozialhaushalte des westdeutschen und des mitteldeutschen Raumes ihren Ausgang von einer gemeinsamen, traditionell bestimmten Basis; sie unterliegen seither jedoch einer sich von Jahr zu Jahr verstärkenden Differenzierung. Ergänzt man den nur für drei Quartale aufgestellten sowjetzonalen Haushalt des Jahres 1949 auf ein volles Jahr mit 14,4 Mrd. DM-Ost Haushalts-Soll, so beträgt der mit 3,9 Mrd. DM-Ost genannte Sozialaufwand 27,1 vH

der Staatsausgaben. Er liegt damit wesentlich unter der westdeutschen Anteilsziffer von 42,1 vH; darüber hinaus unterstreicht er die bis einschließlich 1952 rückläufige Entwicklung des Anteils der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben der SBZ.

Auch in der Bundesrepublik geht der Anteil der Sozialausgaben an den gesamten Staatsausgaben von Jahr zu Jahr zurück. Ein echter Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der SBZ wird aber erschwert durch die Tatsache, daß der Haushalt der SBZ durch die darin enthaltenen durchlaufenden Posten der volkseigenen Wirtschaft aufgebläht ist. Deshalb erscheinen die Sozialaufwendungen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben in der SBZ als relativ zu niedrig. Der höhere Anteil der Sozialausgaben im Ausgabenetat der Bundesrepublik ist nicht in höheren Pro-Kopf-Leistungen begründet<sup>1)</sup>. Dies wird ersichtlich, sobald man den Sozialaufwand in beiden Teilen Deutschlands zur

Sozialaufwand je Kopf der Bevölkerung  
1949 — 1953

| Jahr | Sowjetzone              |                    |                        | Bundesrepublik          |           |                        |
|------|-------------------------|--------------------|------------------------|-------------------------|-----------|------------------------|
|      | Sozialaufwand insgesamt | Einwohner          | Sozialaufwand pro Kopf | Sozialaufwand insgesamt | Einwohner | Sozialaufwand pro Kopf |
|      | Mrd. DM-Ost             | Mill.              | DM-Ost                 | Mrd. DM-West            | Mill.     | DM-West                |
| 1949 | 3,9                     | 17,8               | 219,10                 | 12,0                    | 46,8      | 257,00                 |
| 1950 | 4,5                     | 17,6               | 255,70                 | 14,4                    | 47,5      | 303,50                 |
| 1951 | 5,6                     | 17,3               | 323,70                 | 16,8                    | 48,1      | 348,40                 |
| 1952 | 6,6                     | 17,2               | 383,70                 | 18,1                    | 48,5      | 372,50                 |
| 1953 | <sup>1)</sup> 8,0       | <sup>1)</sup> 18,3 | <sup>1)</sup> 437,10   | <sup>2)</sup> 18,7      | .         | <sup>2)</sup> 385,50   |

<sup>1)</sup> Einschl. Ost-Berlin. — <sup>2)</sup> Vorläufige Zahl.

Bevölkerungszahl in Beziehung setzt. Seit dem Jahre 1953 ist der Haushalt von Ost-Berlin in dem Haushalt der Zone enthalten. Der Ostberliner Gesamthaushalt beträgt für 1953 1,56 Mrd. DM-Ost und der Sozialaufwand rd. 0,8 Mrd. DM-Ost<sup>2)</sup>. Nach Abzug dieser Positionen bleibt die diesjährige Zunahme des Sozialaufwandes in der SBZ gegenüber dem Vorjahr mit 0,6 Mrd. DM-Ost unter denen der Vorjahre.

Die Beträge pro Kopf der Bevölkerung dagegen sind seit 1949 wesentlich stärker angestiegen als die westdeutschen Vergleichszahlen. Betrug im Jahre 1949 der mitteldeutsche Pro-Kopf-Aufwand 219,10 DM-Ost gegenüber dem westdeutschen mit 257,00 DM-West,

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht Nr. 9 vom 27. Februar 1953, S. 35.  
<sup>2)</sup> 1952 waren es 769 Mill. DM-Ost.

so übersteigt er ihn im Jahre 1952 zum erstenmal mit 383,70 DM-Ost gegenüber 372,50 DM-West. Diese Abweichung ist jedoch nicht Merkmal einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Sozialleistungen, sondern im Gegenteil Ausdruck einer sich verschärfenden sozialen Gefährdung.

### Bevölkerungsstruktur

Im Jahr 1950 waren 67,9 vH der SBZ-Bevölkerung gegenüber 68,8 vH der westdeutschen im erwerbsfähigen Alter von 14 bis zu 65 Jahren; diese Differenz hat sich in der Zwischenzeit infolge der Abwanderung vorzugsweise arbeitsfähiger Personen noch verstärkt.

Diesen Relationen entspricht auch der geringere Anteil der Erwerbspersonen mit 43,3 vH der sowjetzonalen gegenüber 46,3 vH der westdeutschen Bevölkerung. Diese Tatsache sowie die weitgehende Vernichtung der privaten Vermögenssubstanz haben dazu geführt, daß in Mitteldeutschland ein größerer Kreis von Personen auf Sozialleistungen angewiesen ist als in Westdeutschland und der sowjetzonale Sozialbedarf über dem westdeutschen liegt.

### Sozialversicherung

Der Kreis der in die Sozialversicherungspflicht Einbezogenen ist in Mitteldeutschland größer als in der Bundesrepublik. In der SBZ sind alle unselbständig Beschäftigten ohne Rücksicht auf die Einkommenshöhe, alle mithelfenden Familienangehörigen und diejenigen Selbständigen, die nicht mehr als fünf Arbeitnehmer beschäftigen, versicherungspflichtig. Entsprechend dem Kreis der Pflichtversicherten sind auch die Einnahmen der Sozialversicherung größer als in Westdeutschland. Auf der anderen Seite ist die Sozialversicherung der SBZ in weit stärkerem Maße als in der Bundesrepublik Träger der Sozialleistungen, so daß den im Verhältnis höheren Einnahmen entsprechend höhere Ausgaben gegenüberstehen.

Haushalt der Sozialversicherung

| Jahr           | Sowjetzone              |          |                                  | Bundesrepublik |                               |          |        |          |           |  |
|----------------|-------------------------|----------|----------------------------------|----------------|-------------------------------|----------|--------|----------|-----------|--|
|                | Einnahmen aus Beiträgen | Ausgaben | Überschuß (+), Staatszuschuß (—) | Einnahmen      |                               |          |        | Ausgaben | Überschuß |  |
|                |                         |          |                                  | aus Beiträgen  | aus Zusch. des Öff. Haushalts | sonstige | gesamt |          |           |  |
|                |                         |          |                                  |                |                               |          |        |          |           |  |
|                |                         |          |                                  |                |                               |          |        |          |           |  |
| in Mrd. DM-Ost |                         |          | in Mrd. DM-West                  |                |                               |          |        |          |           |  |
| 1949           | 3,0                     | 2,8      | + 0,2                            | 5,9            | 0,6                           | 0,04     | 6,5    | 5,8      | 0,7       |  |
| 1950           | .                       | 3,3      | .                                | 7,1            | 0,8                           | 0,16     | 8,0    | 7,1      | 0,8       |  |
| 1951           | 4,2                     | 4,0      | + 0,2                            | 8,6            | 1,0                           | 0,19     | 9,8    | 8,5      | 1,2       |  |
| 1952           | 4,2                     | 4,5      | — 0,3                            | 9,6            | 1,9                           | 0,2      | 11,7   | 10,5     | 1,2       |  |
| 1953           | 4,7                     | .        | .                                | .              | .                             | .        | .      | .        | .         |  |

Der schlechte Gesundheitszustand der mitteldeutschen Bevölkerung stellt erhöhte Anforderungen an die Krankenversicherung. So ist der Krankenstand in der Sowjetzone von 4,12 vH im Jahre 1946 über 4,66 vH im Jahre 1950 bis auf 5,61 vH im Jahre 1951 gestiegen und betrug im Jahre 1952 6,7 vH<sup>3)</sup>, während er im Bundesgebiet von 3,61 vH 1949 bis auf 3,01 vH 1951 sank und bis zum 1. Juni 1953 auf 2,92 vH zurückgegangen ist<sup>4)</sup>. Trotz rigoroser Maßnahmen gegen Krankenschreibungen erfordert die ärztliche Versorgung und Bereitstellung von Medikamenten daher wesentlich höhere Aufwendungen als im Bundesgebiet.

Außerdem ist der Kreis der Rentenbezieher breiter als in Westdeutschland. Diese Tatsache resultiert aus der bereits erwähnten ungünstigen biologischen Struktur der Bevölkerung sowie aus dem Fehlen besonderer

Versorgungsinstitutionen für Beamte und Kriegsoffer. Die westdeutschen Rentenversicherungen hatten im Jahre 1952 einen Durchschnittsbestand von 5,8 Millionen Renteneempfängern<sup>5)</sup>. Die sowjetzonale Sozialversicherung zahlt dagegen an rd. 2,7 Millionen Personen Renten<sup>6)</sup>, davon etwa 2 Millionen Mindestrenten<sup>7)</sup>. Dieser Kreis wäre noch größer, wenn nicht strengere Voraussetzungen der Leistungsgewährung dem entgegenwirkten. So werden Versichertenrenten nur bei Erreichung der Altersgrenze oder Minderung der Erwerbsfähigkeit um 66<sup>2</sup>/<sub>3</sub> vH gewährt, auch Witwen erhalten erst bei Erreichen der Altersgrenze oder entsprechender Minderung der Erwerbsfähigkeit eine Hinterbliebenenrente. Es decken sich also weder die Kreise der Versicherten noch die der Leistungsempfänger in Mittel- und Westdeutschland. Außerdem hat die sowjetzonale Sozialversicherung weitgehend Leistungen zu gewähren, die in Westdeutschland von anderen Institutionen übernommen werden.

Die sowjetzonale Sozialverwaltung pflegte in den letzten Jahren zu betonen, daß die Sozialversicherung der SBZ sich im Gegensatz zu Westdeutschland selbst trage und keiner oder nicht erheblicher Staatszuschüsse bedürfe. Die zunehmende Verschlechterung des Gesundheitszustandes sowie die infolge der fortschreitenden Überalterung der Bevölkerung ansteigende Zahl der Rentenberechtigten machten im Jahre 1952 einen zusätzlichen Staatszuschuß von 538 Mill. DM-Ost notwendig<sup>8)</sup>; auch in den ersten Monaten dieses Jahres entstanden erhebliche Fehlbeträge. Die Verordnung vom 23. März 1953 enthielt daher Maßnahmen zur Senkung der Sozialversicherungsleistungen; diese Maßnahmen wurden laut Kommuniqué vom 21. Juni 1953 widerrufen<sup>9)</sup>. Darüber hinaus erfordert die ab Juli 1953 angeordnete Erhöhung der Mindestrenten um monatlich 10,— DM einen Mehraufwand von 14,7 Mill. DM-Ost im Monat<sup>10)</sup>, der ebenfalls aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt werden soll.

### Sozialfürsorge

Die strengen Richtlinien hinsichtlich der Voraussetzungen zur Leistungsgewährung aus Mitteln der Sozialversicherung sowie das Fehlen von anderen Versorgungsinstitutionen bewirken eine höhere Inanspruchnahme der Sozialfürsorge durch Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht auf anderem Wege bestreiten können. Dieser Umstand führt mit zu den hohen Sozialaufwendungen außerhalb des Sozialversicherungsetats. Darüber hinaus sind in dem im sowjetzonalen Staatshaushalt ausgewiesenen Etatposten „Gesundheit, Arbeit und Sozialfürsorge“, der für 1953 rd. 3,3 Mrd. DM-Ost ausweist, die Aufwendungen für die staatliche Gesundheitsverwaltung einschließlich der außerhalb des Sozialversicherungsbereiches stehenden Krankenanstalten, Polikliniken und Ambulatorien enthalten. Der sowjetzonale Sozialhaushalt weicht in diesen Aufwandskategorien bereits von dem westdeutschen ab. Vor allem jedoch steht nicht fest, inwieweit die sonstigen in diesem Posten enthaltenen Beträge, die „für soziale Zwecke“ verwendet werden, einen echten sozialen Aufwand darstellen oder als Mittel z. B. für „berufliche Qualifizierung“<sup>11)</sup> der politischen Schulung oder vormilitärischen Ausbildung dienen.

<sup>5)</sup> Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik 1952, herausgeg. vom Bundesministerium für Arbeit, S. 49, 51 und 52.

<sup>6)</sup> „Neues Deutschland“ vom 2. 11. 1952.

<sup>7)</sup> „Neues Deutschland“ vom 30. 6. 1953.

<sup>8)</sup> „Neues Deutschland“ vom 9. 4. 1953.

<sup>9)</sup> „Tägliche Rundschau“ vom 23. 6. 1953; vgl. auch Wochenbericht Nr. 28/29 vom 11. Juli 1953, S. 118.

<sup>10)</sup> „Neues Deutschland“ vom 30. 6. 1953, S. 5.

<sup>11)</sup> „Die Wirtschaft“ vom 20. 6. 1952, Nr. 25.

<sup>3)</sup> In einigen Wirtschaftszweigen ist der Krankenstand im Februar 1953 bis auf über 10 vH gestiegen; vgl. „Neuer Vorwärts“, 1. 5. 1953, S. 25.

<sup>4)</sup> „Arbeits- u. Sozialstatistische Mitteilungen“, 1953, Nr. 7, S. 22.

# Der westdeutsche Handel in der Saisonwende

## Erhöhtes Umsatzniveau

Die September-Umsätze im Handel haben nach bisher vorliegenden Berichten etwa den Erwartungen entsprochen. Vom Großhandel wird gemeldet, daß der Einzelhandel nach anfänglicher Zurückhaltung zum Teil die für spätere Termine bestellten Waren schon jetzt abgerufen hat, daß die Umsätze im ganzen der Jahreszeit entsprechend als normal anzusehen sind und vielfach auch diejenigen des Vorjahres überschritten haben. Die Angaben aus dem Einzelhandel, die innerhalb der verschiedenen Branchen, aber auch von einer Branche zur anderen recht unterschiedlich sind und sich auf starke Differenzen in den Kaufgewohnheiten der Verbraucher und den Angeboten des Handels zurückführen lassen, erwecken ebenfalls den Eindruck, daß die Umsätze im Durchschnitt der Saison entsprachen.

Diese Entwicklung ist insofern beachtenswert, als das Umsatzniveau des Einzelhandels im August mit 8 vH dem Werte und 13 vH der Menge nach über dem des Vorjahres bereits vergleichsweise hoch lag. Der August ist für den Einzelhandel der Wendepunkt von der Frühjahrs- und Sommersaison zu der Herbst- und Wintersaison und bietet als solcher wertvolle Anhaltspunkte für die Schätzung über die Geschäftstätigkeit in der folgenden Saison und die notwendigen Dispositionen für die Zukunft. Die Umsatzentwicklung in den vorangegangenen Monaten sowie die Tatsache, daß für die Verbraucher beste Voraussetzungen zu einer normalen Entwicklung der Nachfrage gegeben sind, lassen für das Herbstgeschäft eine saisongerechte Entwicklung ausgehend von dem erhöhten Umsatzniveau des August erwarten.

In dem diesjährigen Saisonabschnitt von Februar bis August konnte der Einzelhandel einen um 6,5 vH höheren Umsatz als 1952 verbuchen. Preissenkungen in der gleichen Zeit haben darüber hinaus eine Erhöhung des Umsatzvolumens um 11 vH ermöglicht. Seit 1950 ist die Wachstumsrate der Umsatzwerte von Jahr zu Jahr geringer geworden, diejenige des Umsatzvolumens jedoch ständig gestiegen. Während im Vorjahre seit den Sommermonaten eine Verlangsamung der Umsatzsteigerung im Einzelhandel festzustellen war, die bei manchem Beobachter die Befürchtung eines konjunkturellen Rückgangs wachrief, ist in diesem Jahr eine konjunkturelle Umsatzerhöhung nicht nur am Anfang der Saison im März und April, sondern vor allen Dingen in den Sommermonaten zu verzeichnen.

Die Ursache dieser Umsatzerhöhung bei gleichzeitig wachsenden Spareinlagen ist die erhebliche Steigerung der Masseneinkommen, die sich gegenüber dem Vorjahr im ersten Quartal um fast 11 vH, im zweiten Quartal um nahezu 14 vH erhöht haben und im dritten Quartal zwar nicht in gleichem Maße, aber immerhin noch weiter zunahmen.

Eine geringere Bedeutung fiel dabei den Einkommenssteigerungen zu, die sich laufend, zum Beispiel durch die Verbesserung der Tariflöhne und die Neueingliederung von Beschäftigten in den Produktionsprozeß, vollzogen. Den entscheidenden Einfluß auf die Umsatzfähigkeit übten die durch einmalige Akte entstandenen Erhöhungen der laufenden Einkommen aus, so zum Beispiel die im Frühjahr durchgeführte allgemeine Erhöhung der Gehälter für die im öffentlichen Dienst stehenden Personen sowie die Erhöhung der Beamtenpensionen, der öffentlichen Renten und Unterstützungssätze, ferner auch die im Frühsommer vorgenommenen Ausschüttungen aus dem Lastenausgleichsfonds für Unterhalts-, Hausrats- und Ausbildungshilfe sowie die Steuersenkungen im Rahmen der kleinen Steuer-

## Entwicklung von Sozialprodukt, Einkommen und Einzelhandelsumsätzen

Veränderung gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit in vH

|                                                   | 1951   | 1952   | 1953   |
|---------------------------------------------------|--------|--------|--------|
| Jeweils 1. Halbjahr                               |        |        |        |
| Sozialprodukt . . . . .                           | + 29,3 | + 12,7 | + 6,1  |
| Masseneinkommen . . . . .                         | + 16,1 | + 14,2 | + 12,1 |
| dav.: Nettolöhne und Gehälter . . . . .           | + 19,6 | + 12,2 | + 12,3 |
| Sozialeinkommen . . . . .                         | + 9,9  | + 19,2 | + 11,8 |
| Jeweils Februar bis August                        |        |        |        |
| Umsatz im Einzelhandel insgesamt                  |        |        |        |
| Wert . . . . .                                    | + 13,9 | + 7,1  | + 6,6  |
| Volumen . . . . .                                 | + 4,0  | + 6,7  | + 11,2 |
| dav.: Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln |        |        |        |
| Wert . . . . .                                    | + 10,4 | + 9,1  | + 7,8  |
| Volumen . . . . .                                 | + 3,7  | + 5,9  | + 10,4 |
| Einzelhandel mit Textilien und Bekleidung         |        |        |        |
| Wert . . . . .                                    | + 11,5 | + 1,4  | + 3,1  |
| Volumen . . . . .                                 | — 1,4  | + 10,4 | + 11,6 |
| Einzelhandel mit Hausrat und Wohnbedarf           |        |        |        |
| Wert . . . . .                                    | + 30,9 | + 2,2  | + 9,9  |
| Volumen . . . . .                                 | + 24,3 | — 4,5  | + 14,6 |

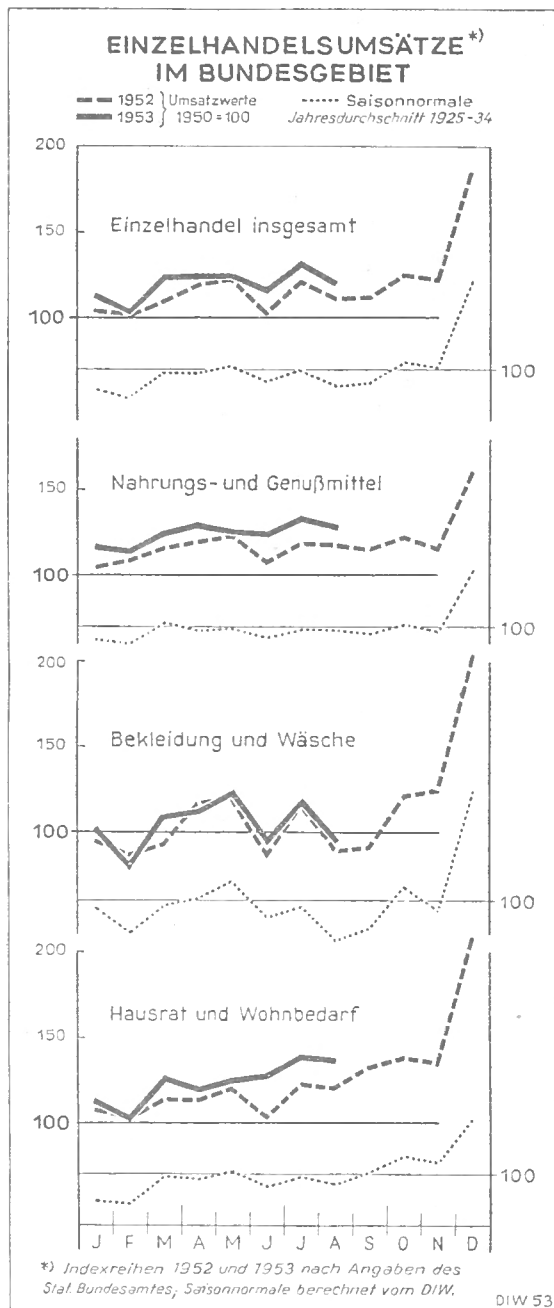
reform. Sie führten eine zum Teil sprunghafte Erhöhung der Verbrauchernachfrage am Markt herbei. So weit die hiervon auf die Wirtschaft ausgehenden Impulse auf solche Einkommenssteigerungen zurückzuführen sind, die nur aus einmaligen oder zeitlich begrenzten Zahlungen, wie zum Beispiel aus dem Lastenausgleich, herrühren, wird die konjunkturelle Anregung nur eine zeitlich begrenzte Wirkung haben. Soweit jedoch die Einkommenssteigerungen auf eine Erhöhung der laufenden Einnahmen zurückzuführen sind, hat der durch sie ausgelöste konjunkturelle Aufschwung insofern eine nachhaltige Wirkung, als die Vermehrung der zur Verfügung stehenden Kaufkraft die Handelsumsätze auf ein höheres Niveau gehoben hat, auf dem sich in Zukunft die normale Umsatzbewegung fortsetzen kann.

Eine Betrachtung des Umsatzvolumens läßt den konjunkturellen Aufschwung in seinem vollen Umfang erkennen. Danach hat der Einzelhandel in der diesjährigen Saison — gemessen in Preisen von 1950 — um 11 vH mehr als im Vorjahr umgesetzt. Im Gegensatz zur Anstiegsrate der Wertumsätze hat damit die seit 1950 wachsende Anstiegsrate der Umsatzvolumen ihre bisher höchste Ausweitung erfahren. Die Verbraucherschaft hat ihren Konsum also dem Volumen nach von Jahr zu Jahr in wachsendem Maße steigern können, während die Erhöhung der dafür notwendigen Aufwendungen fortlaufend abnahm. Wandlungen der Verbrauchsgewohnheiten nach Warenart und -qualität haben im Laufe der Zeit Strukturveränderungen der Einzelhandelsumsätze bewirkt, so daß sich die tatsächlich umgesetzte Warenmenge nicht unbedingt in gleichem Umfang wie das Volumen verändert haben muß.

Rückblickend ist festzustellen, daß die Erwartungen erfüllt worden sind, die der Handel auf Grund der Anfang des Jahres schon voraussehbaren Einkommensveränderungen in die Verbrauchsentwicklung in der Frühjahrs- und Sommersaison gesetzt hatte. Allerdings ist die Entwicklung in den einzelnen Konsumgütergruppen infolge der unterschiedlichen Elastizität des Bedarfs und der Differenzen im Verbrauchsniveau der Einkommensschichten recht verschieden gewesen.

## Umsätze in einzelnen Branchen

Den stärksten konjunkturellen Aufschwung in diesem Saisonabschnitt von Februar bis August hatte der Einzelhandel mit Hausrat- und Wohnbedarf bei einer Umsatzerhöhung um 10 vH gegenüber dem



Vorjahr zu verzeichnen. In Preisen von 1950 gemessen, errechnet sich hier eine Erhöhung des Umsatzvolumens um 14 vH, während sich im Jahre 1952 eine gleichzeitige Verminderung des Umsatzvolumens um 4 vH und eine Erhöhung der Umsatzwerte um nur 2 vH gegenüber dem Vorjahr vollzogen hatte. Den weitaus größten Anteil an der Umsatzsteigerung hatte der Möbelhandel, aber auch andere Branchen, die in erster Linie mit dauerhaften Einrichtungsgegenständen, wie zum Beispiel Beleuchtungs- und Küchengeräten handeln, verzeichneten übersaisonale Umsatzerfolge.

Die Ausdehnung der Geschäftstätigkeit ist zweifellos zu einem bedeutenden Teil auf die Auszahlung im Rahmen des Lastenausgleichs zurückzuführen. Über diesen einmaligen Auftrieb hinaus aber dürften die Erhöhungen der laufenden Einkommen, die weiteren Verbraucherkreisen eine Verbesserung der Lebenshaltung ermöglichten, eine Verlagerung der Ver-

brauchsaufwendungen zugunsten der Waren des weniger dringlichen Bedarfs bewirkt haben. Da gerade auf dem Gebiete der Haushaltsausstattung noch ein erheblicher Bedarf besteht, wird bei dem gehobenen Verbrauchsniveau in Zukunft auch mit einem gehobenen Umsatzniveau zu rechnen sein.

Ein ebenfalls gutes Umsatzergebnis mit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 8 vH verzeichnete der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln. Die Zuwachsrate entspricht hier aber derjenigen des Vorjahres. Bemerkenswert ist jedoch, daß sich hier, wie bei Hausrat und Wohnbedarf, die konjunkturelle Umsatzerhöhung besonders in den Monaten März und April sowie Juni und Juli durchgesetzt hat. Ihr enger Zusammenhang mit den Einkommenserhöhungen tritt damit deutlich hervor.

Der Verbrauch an Nahrungsmitteln, die Befriedigung des starren Bedarfs, ist bereits seit längerer Zeit als „normalisiert“ zu bezeichnen. Wenn man von dem zur Zeit wachsenden Genußmittelverbrauch absieht, läßt daher die hier beobachtete Steigerung der Verbraucherausgaben als Folge einer Einkommenserhöhung — selbst bei einer Preissenkung gegenüber dem Vorjahr um 3 vH — weniger einen mengenmäßigen Mehrverbrauch als vielmehr eine Verlagerung des Bedarfs zu den besseren Qualitäten vermuten.

Am wenigsten erhöht gegenüber dem Vorjahr haben sich die Umsätze im Textil- und Bekleidungseinzelhandel. Ihre Wachstumsrate mit 3 vH übersteigt diejenige des Vorjahres (2 vH) nur wenig. Von einem niedrigeren Umsatzniveau als 1952 im Februar ausgehend, stieg der Umsatz im März auf Grund des frühen Ostertermins und des guten Frühjahrswetters erheblich an. Nach einem gewissen Ausgleich im April verlief er mit nur wenigen Punkten Unterschied ebenso wie im Jahre 1952. Ein beachtenswerter konjunktureller Aufschwung ist, sofern man die Entwicklung der Umsatzwerte für die Beurteilung zugrunde legt, also hier nicht zu verzeichnen.

Die Umsatzbewegung der beiden letzten Jahre entspricht weitgehend der normalen Saisonbewegung der Vorkriegsjahre. Es treten lediglich stärkere Umsatzenschwankungen in den Sommermonaten deutlich hervor. Durch sie verlagern sich die Umsätze stärker an das Ende der Saison auf die Monate Juli und August. Der Grund dafür ist in erster Linie in der veränderten Haltung der Verbraucher zu suchen, die dazu neigen, ihre Einkäufe auf besondere Gelegenheiten zu konzentrieren oder hauptsächlich in akuten Bedarfsfällen zu tätigen. In welchem Maße die Verlagerung im Rahmen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung durch außergewöhnliche Einflüsse verursacht und daher nur vorübergehender Natur ist, oder ob sie nicht doch infolge einer grundsätzlichen Veränderung der Kaufgewohnheiten bei der Verbraucherschaft der Nachkriegszeit zu einer ständigen Abweichung von der Saisonnormalen der Vorkriegsjahre führt, ist heute auf Grund der bisher vorliegenden Daten noch nicht zu entscheiden.

Aus der Tatsache, daß trotz der auch den minderbemittelten Verbraucherschichten zugute gekommenen Einkommenssteigerungen eine nennenswerte Ausweitung der Aufwendungen für Textilien und Bekleidung nicht erfolgt ist, kann nicht geschlossen werden, daß ein Nachholbedarf an diesen Waren nicht bestanden hätte. Die Preissenkungen von 1952 bis 1953 haben immerhin eine Ausdehnung des Umsatzvolumens um fast 12 vH ermöglicht, so daß der Verbrauch gesteigert werden konnte, ohne daß ein erheblich größerer finanzieller Aufwand nötig gewesen wäre.

\*) D = Gesamtdeutschland (einschl. Saargebiet), BRD = Bundesrepublik Deutschland, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (BRD ohne französische Besatzungszone), SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin, G-B = Groß-Berlin, Saar = Saargebiet. — †) E = Monatsende, S = Monatssumme, TD = Tagesdurchschnitt. — *Kursive* Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. — °) Berichtigte Zahl.

1) Ohne Ausländer in IRO-Lagern. — 2) Lebendgeborene. — 3) Ohne Totgeborene. — 4) Gesamtverkehr (Inlandverkehr einmal gezählt) einschl. Durchfuhrverkehr und Interzonenverkehr ohne bahneigenen Güterkraftverkehr. — 5) D. h. Summe der ein- u. ausgeladenen Mengen unter Doppelzählung der Güter, die im Bundesgebiet sowohl ein- als auch ausgeladen werden. — 6) Einschl. Durchgangsverkehr; Inlandverkehr nur einmal gezählt. — 7) Einschl. Stadtschnellbahn und Obus. — 8) Einschl. Weihnachtsgratifikation. — 9) Ab Januar 1952 nicht mehr nach der Wohnansässigkeit, sondern nach dem Ort der Eheschließung. — 10) Neuer Firmenkreis ab Januar 1953. — 11) Ab Mitte Sept. 1952 einschl. aller mit zweitem Wohnsitz in West-Berlin gemeldeten Personen. — 12) Neuberechnung.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin.